



EUTM Mali 2021: Erweiterter Einsatz in der Krisenregion

Die seit 2020 in ihrem Mandat erheblich erweiterte militärische EU-Trainingsmission EUTM Mali leistet einen erfolgskritischen Beitrag zur Stärkung der Streitkräfte Malis und der anderen G5-Sahel-Staaten. Dieser Einsatz bleibt dringend erforderlich. Im Norden von Mali kommt es regelmäßig zu Angriffen auf malische Sicherheitskräfte, die Zivilbevölkerung und internationales Personal durch islamistische Terrorgruppen. Das Ausmaß der interethnischen Gewalt in Zentral-Mali ist weiterhin besorgniserregend. Zusätzlich hat sich die Sicherheitslage in den nun vom Mandat eingeschlossenen Nachbarstaaten Malis, vor allem in Niger und Burkina Faso, massiv verschlechtert. Im Jahr 2020 gab es in Mali rund 2.850 Konflikttote, davon über 950 Zivilist:innen.

Hintergrund

Im Januar 2013 griff Frankreich auf Bitte der Regierung Malis in den Konflikt im Norden des Landes ein. Dort hatten Angehörige der ethnischen Gruppe der Tuareg Anfang 2012 eine Rebellion begonnen mit dem Ziel, einen autonomen Staat („Azawad“) zu errichten. Der erfolgreiche Aufstand zog zunehmend radikal-islamistische Gruppen an, die große Gebiete des Nordens unter ihre Kontrolle brachten. Diese konnten mithilfe einer französischen Eingreiftruppe zurückgedrängt werden. Im April 2013 wurde durch UN-Resolution 2100 die „Multidimensionale Integrierte Stabilisierungsmission“ der UN (MINUSMA) eingerichtet. Der Rat der EU erteilte das erste Mandat für eine EU-Trainingsmission in Mali im Februar 2013. Im Juni 2015 unterzeichnete die malische Regierung zwar ein Friedensabkommen mit verschiedenen Rebellengruppen. Die Sicherheitslage in Mali hat sich aber auf Grund von ethnischen Konflikten, Terrorismus und organisierter Kriminalität seit 2016 kontinuierlich verschlechtert.

Die Aufgaben von EUTM Mali

Im März 2020 verlängerte der Rat der EU das [Mandat](#) bis zum 18. Mai 2024 und erweiterte dabei Auftrag und Einsatzgebiet. Das Mandat beinhaltet nach wie vor die umfassende Ertüchtigung der malischen Streitkräfte, um diese zu befähigen, langfristig eigenständig für Sicherheit auf dem gesamten Staatsgebiet von Mali zu sorgen. Der Fokus der Mission liegt dazu einerseits auf der Beratung des malischen Verteidigungsministeriums und der Armeeführung und andererseits auf der Ausbildung der malischen Streitkräfte.

Um eine möglichst einsatznahe Ausbildung zu gewährleisten, plant EUTM, den Aufbau und Betrieb eines neuen Trainingszentrums in Sévaré in Zentral-Mali zu unterstützen. Deutschland wird dabei einen substantiellen personellen und finanziellen Beitrag leisten. Aufgrund der prekären Sicherheitslage ist dieser Einsatzort allerdings mit besonderen Risiken verbunden.

Das aktuelle, erweiterte Mandat der Mission umfasst zusätzlich die Ertüchtigung der nationalen Streitkräfte der G5-Sahel-Staaten (Burkina Faso, Mali, Mauretanien, Niger und Tschad) sowie der gemeinsamen Eingreiftruppe (FC-G5S) durch Beratung und Ausbildung. Diese Aktivitäten sollen schrittweise ausgebaut werden je nach lokalen Bedarfen und vorhandenen Ressourcen, wobei der Fokus zunächst auf Burkina Faso und Niger liegen wird. Verhandlungen mit beiden Staaten zur Implementierung der EU-Aktivitäten stehen kurz vor dem Anschluss.

Zusätzlich soll die bereits bestehende, bilaterale *Military Assistance Mission Gazelle*, mit der Deutschland in Niger Spezialkräfte ausbildet, in Kürze vollständig in EUTM integriert werden. Auch hier ist u.a. der Bau und Betrieb eines Ausbildungszentrums geplant, in Tillia in West-Niger nahe der Grenze zu Mali.

Als Folge der Corona-Epidemie hat die EU einen Teil des Personals der Mission aus dem Einsatzgebiet abgezogen, die Trainingsmaßnahmen sind aber in der zweiten Jahreshälfte 2020 wieder angelaufen. Die aktuelle Personalstärke von EUTM Mali beträgt rund 500 Personen (mandatiert sind bis zu 1.077), das Budget für 2020-2024 beläuft sich auf 133,7 Millionen Euro. *Force Commander* ist der spanische Brigadegeneral Fernando Luis Gracia Herreiz. Ab Juli 2021 wird Deutschland die Führung der Mission übernehmen.

Das deutsche Engagement bei EUTM Mali

Der Deutsche Bundestag verlängerte im April 2020 das Mandat für die Beteiligung der Bundeswehr an EUTM Mali bis Ende Mai 2021. Der aktuelle Antrag der Bundesregierung für die Verlängerung dieser Beteiligung um ein weiteres Jahr sieht eine Erhöhung der maximalen Truppenstärke von bisher 450 auf 600 Personen vor. Zurzeit sind aufgrund der vorübergehenden Verkleinerung der Mission in Folge der Corona-Pandemie nur 103 Bundeswehrangehörige bei EUTM Mali tätig ([Stand](#): 17.04.2021).

Der deutsche Beitrag besteht vorwiegend in der militärischen Ausbildung der malischen Streitkräfte und der FC-G5S sowie der Beratung des malischen Verteidigungsministeriums. Nach Bedarf ist auch die Wahrnehmung von Schutz- und Unterstützungsaufgaben für MINUSMA möglich. Eine unmittelbare Beteiligung an Kampfeinsätzen der malischen Streitkräfte oder der FC-G5S ist weiterhin ausgeschlossen.

Weitere relevante Akteure: EU, UN, G5-Sahel und Frankreich

EU Capacity Building Mission in Mali (EUCAP Sahel Mali) | Diese zivile Mission mit rund 130 Mitarbeiter:innen stärkt unter deutscher Beteiligung die Fähigkeiten der malischen Polizei, Nationalgarde und Gendarmerie durch strategische Beratung, Ausbildung und Begleitung. Zusätzlich unterstützt sie die Rückkehr der Zivilverwaltung ins Zentrum und den Norden von Mali.

MINUSMA | Die UN-Mission hat aktuell eine Personalstärke von rund 15.970 (13.045 Soldat:innen, 1.745 Polizist:innen und 1.180 zivile Kräfte, [Stand](#): März 2021). Mandatierte Hauptaufgaben sind die Unterstützung der malischen Regierung bei der Umsetzung des Friedensabkommens von 2015 und der Schutz der Zivilbevölkerung im Zentrum des Landes. Die direkte Bekämpfung terroristischer Gruppen fällt ausdrücklich nicht unter das Mandat von MINUSMA.

Opération Barkhane | Die 2020 auf eine Stärke von 5.100 aufgestockte französische Militärmission operiert auf dem Gebiet aller G5-Sahel-Staaten. Ihre Aufgaben umfassen sowohl die Unterstützung der nationalen Sicherheitskräfte und von MINUSMA als auch eigenständige offensive Operationen zur Terrorbekämpfung. Die Aufstellung der *Special Operations Task Force Takuba*, die *Barkhane* unterstützen soll, hat sich auf Grund der COVID-Pandemie verzögert. Sie soll im ersten Halbjahr 2021 einsatzbereit sein, Deutschland wird sich nicht direkt beteiligen.

G5-Sahel Joint Force (FC-G5S) | Diese Eingreiftruppe mit einer Personalstärke von insgesamt 5.000 ist kein Friedenseinsatz im herkömmlichen Sinn. Die je 1.000 Soldat:innen aus jedem der G5-Sahel-Staaten führen vor allem im eigenen Land Einsätze durch gegen Terrorgruppen und organisierte Kriminalität, dürfen aber bei der aktiven Verfolgung ihrer Gegner die Grenzen zu G5-Nachbarstaaten überschreiten. Teilweise operieren zwei oder drei G5-Sahel-Staaten auch gemeinsam in den Grenzregionen.

Ausblick

EUTM Mali steht im Frühjahr 2021 vor einer Fülle von Herausforderungen. Die **Corona-Epidemie** dürfte die Arbeit der Mission doppelt treffen. *Erstens* ist in ihrer Folge die Wirtschaftsleistung von Mali um 2,5% gesunken, 800.000 Menschen (bei einer Gesamtbevölkerung von gut 20 Millionen) sind zusätzlich unter die Armutsgrenze gerutscht. Diese Entwicklung wird mit Sicherheit die sozialen und inter-ethnischen Konflikte im Land verschärfen. *Zweitens* leidet die Mandatsumsetzung unter Corona-Fällen innerhalb der Mission und lokalen Sicherheitsmaßnahmen, die die Kontakte von Missionspersonal zu malischen Partnern einschränken. Allerdings dürfte die Bereitschaft der EU-Mitgliedsstaaten, trotz der zu erwartenden Corona-bedingten EU-weiten Wirtschaftskrise die Mission fortzuführen, gesichert sein.

Bedenklich ist nach wie vor die **Sicherheitslage** im Norden und insbesondere in der Mitte des Landes, die seit 2020 zum Einsatzgebiet der Mission gehört. Die lokalen Ableger des Islamischen Staats und von Al Qaida greifen regelmäßig internationales Personal, malische Sicherheitskräfte und die Zivilbevölkerung an. In Zentral-Mali fordern Kämpfe zwischen Milizen verschiedener ethnischen Gruppen weiterhin viele Opfer. Im Jahr 2020 gab es in Mali rund 2.850 Konflikttote, davon über 950 Zivilist:innen. Ende 2020 zählte Mali 323.000 Binnenvertriebene, eine Steigerung um über 50% gegenüber dem Vorjahr.

Auch die politische Situation in Mali ist angespannt. Im Sommer 2020 führte die seit Jahren wachsende Frustration der Bevölkerung über Unsicherheit und Korruption zu Massenprotesten, bei denen der Rücktritt der Regierung gefordert wurde. Im August vertrieb ein **Militärputsch** Präsident Ibrahim Boubacar Keita aus dem Amt. Verhandlungen unter Führung der westafrikanischen Regionalorganisation ECOWAS führten bis Oktober zur Bildung einer Übergangsregierung. Interimspräsident wurde der ehemalige Verteidigungsminister Bah N'Daw (oder n'Dao), als starker Mann gilt aber der Vizepräsident, der ehemalige Anführer der Putschisten, Oberst Assimi Goita. Der vorläufige Zeitplan zum **Übergang zu einer demokratisch legitimierten Regierung** sieht ein Verfassungsreferendum im zweiten Halbjahr 2021, Lokalwahlen im vierten Quartal 2021 sowie schließlich Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im ersten Quartal 2022 vor.

Die **Kooperation mit dem Interims-Regime** stellt EUTM wie auch alle anderen internationalen Akteure in Mali vor gewisse Herausforderungen. Viele lokale Partner verloren im Zuge des Machtwechsels ihre Posten. Die neuen Amtsinhaber müssen sich erst noch in ihre Arbeitsbereiche einarbeiten, danach muss das Missionspersonal eine vertrauensvolle Arbeitsbeziehung aufbauen, was zu erheblichen Verzögerungen geführt hat. Die internationale Gemeinschaft wird auch darauf achten müssen, dass die Übergangsregierung – unter Führung des Vizepräsidenten – nicht erneut vor allem auf militärische Ansätze zur Stabilisierung der Sicherheitslage im Norden und der Mitte Malis setzt, wofür es bereits erste Anzeichen gibt. Schließlich sollte die EU gemeinsam mit insbesondere der UN und anderen regionalen und internationalen Partnern die **Einhaltung des Zeitplans** der Transition einfordern und die anstehenden Wahlprozesse mit Beratung und materiellen Ressourcen unterstützen.

Daneben müssen auch die begonnenen Reformen weitergeführt werden, die notwendig sind, um die tiefgreifende Governance-Krise in Mali zu überwinden. Hierzu gehört eine **Dezentralisierung**, die Bezirken an der Peripherie des Landes mehr Zuständigkeiten und finanzielle Ressourcen überträgt. Zur **Beilegung lokaler Konflikte** sollte die Regierung mehr auf flexible, an örtliche Gegebenheiten angepasste Lösungen setzen, auch wenn dies Verhandlungen mit (gesprächsbereiten) bewaffneten Gruppen nötig machen sollte. Der Ausbau **sozialer Dienstleistungen** in der Fläche sollte priorisiert werden, ebenso die **Reform der öffentlichen Finanzen** – zentrale Forderungen der Massenproteste des letzten Sommers. Schließlich müssen **Übergriffe staatlicher Sicherheitskräfte** gegen die eigene Zivilbevölkerung unterbunden oder wenigstens strikt verfolgt werden. Hier gab es in den letzten Monaten Anfangserfolge durch die Eröffnung der ersten Verfahren vor Militärgerichten gegen Militärpersonal, denen Massaker an Zivilisten vorgeworfen werden.

In diesem Kontext ist auch die Fortsetzung des deutschen Engagements bei EUTM Mali notwendig, auch mit ihrem kürzlich erweiterten Auftrag und den Unwägbarkeiten der Corona-Krise. Dabei wird Deutschland in den kommenden Monaten zusätzliche Verantwortung übernehmen, vor allem durch die Übernahme der Missionsführung und seine wesentlichen Beiträge zum Aufbau zweier Ausbildungszentren in der Mitte von Mali und dem Westen von Niger. Ihre Inbetriebnahme wird die Ausbildung der malischen und nigrischen Sicherheitskräfte verbessern, allerdings steigt auf Grund der instabilen Sicherheitslage an beiden Einsatzorten auch die Gefährdung des Einsatzpersonals. Seine Sicherheit zu gewährleisten in einem Umfeld, das nach wie vor von terroristischen Anschlägen, politischer Instabilität und den Folgen der Corona-Epidemie gekennzeichnet ist, ist die größte Herausforderung für die Mission.